

wie das Hornberger Schießen" (Meyer).

So hat sich in der Münchner SPD „trotz der lauten Donnerschläge“ („Süddeutsche Zeitung“) nun doch nichts geändert:

- ▷ Hans-Jochen Vogel, der sich schon in die Rolle des SPD-Landesvorsitzenden einzuleben begann, will nun bis 1978 OB bleiben;
- ▷ Helmut Meyer, den der Hoegner-Stammtisch hatte stürzen wollen, sieht sich durch die neuen Delegierten „in keiner Weise gefährdet“;
- ▷ die lauthals angekündigten Parteiausschlußverfahren, mit denen die Partei von den „anarchistischen Sektierern“ gesäubert werden sollte, laufen ungezielt „gegen Unbekannt“.

Auch draußen in den Sektions-Wirtshäusern ist die gewohnte Ruhe wieder eingekehrt. Schorsch Keil von „Laim III“ ging am Mittwoch, das vierte Helle vor sich, wieder zur Tagesordnung über: „Am Samstag is' unser Kinderfest. Wer von die Frauen tuat mithelfen und die Kakao-Tassen spül'n?“

SPD BERLIN

Schrecklich verfilzt

Morgens um acht, im „Donnerstags-Kreis“, dem Treffpunkt linker und liberaler West-Berliner SPD-Prominenz, rieten ihm die Genossen zu taktischer Zurückhaltung: „Das hat keinen Sinn, das hat keine politische Perspektive.“

Sie mahnten vergebens: Am Donnerstag vorletzter Woche, fünf Stunden nach der Morgen-Konferenz, legte Carl-Heinz Evers, 48, bis zum März dieses Jahres West-Berliner Schulsekretar und seit Mai Mitglied des Bonner SPD-Parteivorstandes, sein Parlaments-Mandat nieder.

Evers: „Das ist meine Konsequenz aus dem Konflikt zwischen der Loyalität zur SPD und meinem politischen Gewissen.“

Vier Tage darauf, am Montag letzter Woche, verzichtete auch Heinrich Albertz, 55, von Dezember 1966 bis Oktober 1967 Regierender Bürgermeister der Halbstadt. Er erklärte sich „mit dem Schritt des Kollegen Evers ausdrücklich solidarisch“ und gab gleichfalls seinen Sitz im Schöneberger Abgeordnetenhaus ab.

Anlaß für den spektakulären Schritt bot den beiden Stadt-Prominenten das vom Berliner SPD-Senat dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegte „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin“ (UZwG).

Das „Handgranaten-Gesetz“ räumt dem Innensenator das Recht ein, bei „einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ „besondere Waffen“ (Handgranaten und Maschinengewehre) einzusetzen.



Zurückgetretener Albertz
„Die Berliner SPD ...“

In der SPD-Fraktion hatte Evers gegen das Gesetz gestimmt und war daraufhin gemeinsam mit neun weiteren Abgeordneten vom stramm rechten Fraktionsvorstand aufgefordert worden, der Verabschiedung des Gesetzes durch das Berliner Parlament fernzubleiben, um nicht gegen die „Mehrheit zu demonstrieren“.

Albertz, der an Fraktionssitzungen schon seit Monaten nicht mehr teilgenommen hatte, erschien im Abgeordnetenhaus. Er sprach, von seinem Genossen, dem Parlaments-Präsidenten und West-Berliner DGB-Boß Walter Sickert als seltener Gast begrüßt („Das Wort hat der Abgeordnete ... wie heißt doch dieser Herr“), gegen das Gesetz und stimmte wie drei weitere Fraktions-Kollegen mit Nein.

Ursache ihres Rückzuges aus der West-Berliner Kommunal-Politik jedoch waren nicht allein das Drängen



Zurückgetretener Evers
... ist die CSU der Gesamtpartei“

der Partei auf die schnelle Verabschiedung des Gesetzes und die Pressionen gegen die Fraktions-Minderheit. Dieser „Ungeist der Intoleranz und der Gewalt“ (Albertz) bestätigte den beiden Verzicht-Politikern vielmehr, was Carl-Heinz Evers schon Wochen zuvor erkannt hatte: „Die Berliner SPD ist die CSU der Gesamtpartei.“

Die „Außenseiter“ („Frankfurter Rundschau“) bedrückt, daß der traditionell zerstrittene, derzeit vom rechten Flügel beherrschte Landesverband Willy Brandts Ostpolitik „hinter vorgehaltener Hand kritisiert“ (Evers), in „feindliche Heerhaufen zerfallen ist“, denen es „nur darum geht, auf Stühle zu kommen, auf Stühlen zu sitzen und auf Stühlen zu bleiben“ (Albertz), daß schließlich der Berliner Parteivorstand politischen Diskussionen ausweicht und seinen Willen „per Ordnungsmaßnahmen durchsetzt“ (Evers).

In dieser „schrecklichen Verfilzung von Gruppen und Personen“ (Albertz) fühlten sich die beiden linksliberalen Sozialdemokraten seit langem deplaciert. Schon Ostern 1968 begriffen ihn die Genossen nicht. Damals, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, hatte der Ex-Bürgermeister, der nach dem harten Polizei-Einsatz beim Schah-Besuch im Juni 1967 demissioniert war, um Verständnis für die rebellierende Jugend gewonnen. Klaus Schütz: „Das hat Berlin nicht geholfen.“

Sie nahmen ihm übel, daß er 1969 in einer „Denkschrift für eine realistische Deutschland-Politik“ die Anerkennung der DDR befürwortete. SPD-Mann Riebschläger: „Kommunistische Forderungen.“ Und sie verstanden auch nicht, weshalb der frühere Pastor resigniert Fraktion, Abgeordnetenhaus und Parteiabende mied.

Dem renommierten Pädagogen Evers, der im März aus Protest gegen die Kürzung der für sein Schulprogramm erforderlichen Mittel zurücktrat, lastete die Schöneberger SPD-Mehrheit an, er habe über seiner Experimentier-Freudigkeit die praktische Arbeit vernachlässigt. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Stobbe: „Ideen haben wir genug. Was wir jetzt brauchen, ist ein Verwalter, der sie ausführt.“

Freilich: Daß der Rückzug der Parteikritiker aus dem Stadt-Parlament West-Berlins Sozialdemokratie nicht dazu verleiten wird, sich aus ihrer „provinziellen Selbstisolierung“ (Evers) zu lösen, ist sicher. Genossen aus dem „Donnerstags-Kreis“ warfen Albertz und Evers denn auch vor, sie hätten mit ihrer Entscheidung den rechten Flügel gestärkt und die Chancen für einen Wandel der Partei gemindert. Jungsozialisten-Chef Jürgen Eger: „Ein Akt politischer Selbstverbrennung.“

Carl-Heinz Evers jedoch glaubt an ein Comeback. Er will im Frühjahr nächsten Jahres bei den Wahlen im SPD-Kreis Zehlendorf für ein Parteiamt kandidieren.

Pastor Albertz hingegen vertraut vor allem der Kraft des Wortes: „Wenn ich meine, man müßte den Mund aufmachen, werde ich es auch weiterhin tun.“